

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Mareike Hermeier, Dr. Fabian Fahl, Marcel Bauer, Lorenz Gösta Beutin, Violetta Bock, Jorrit Bosch, Katalin Gennburg, Ina Latendorf, Caren Lay, Sahra Mirow, Luigi Pantisano, David Schliesing, Sascha H. Wagner und der Fraktion Die Linke

Stand der Räumungsoptionen des Atommülls aus Jülich und Sicherheit des Zwischenlagers Ahaus

In der Antwort des Bundesforschungsministeriums (Bundestagsdrucksache 21/42) vom 17. April 2025 auf die Schriftliche Frage des Bundestagsabgeordneten Dr. Fabian Fahl (Die Linke) sowie in der Antwort der Bundesregierung vom 12. Mai 2025 (Bundestagsdrucksache 21/148) auf die Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion Die Linke wurde seitens der Bundesregierung zum Stand der Lagerung der 152 Castor-Behälter mit rund 300 000 hochradioaktiven Brennelementekugeln in Jülich informiert. Damit verbunden ging es um den möglichen Neubau eines Zwischenlagers in Jülich bzw. um den möglichen Abtransport der Castor-Behälter über die Straßen und Brücken von Nordrhein-Westfalen (NRW) ins Zwischenlager Ahaus.

Noch am 17. April 2025 hatte die Vorgängerregierung in der oben genannten Antwort der damaligen Staatssekretärin Claudia Müller des BMBF auf die Schriftliche Frage des Bundestagsabgeordneten Dr. Fabian Fahl (Die Linke) geantwortet, mit dem Neubau eines Zwischenlagers in Jülich und dem Transport der bestrahlten Brennelemente nach Ahaus gebe es zwei Optionen für den Umgang mit den AVR-Brennelementen am Standort Jülich. Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages sei im Bericht des Bundesministeriums der Finanzen, des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung vom 7. September 2022 (Ausschussdrucksache 20(8)1649) darüber informiert worden, dass die Beteiligten die Räumungsoption der Verbringung der Brennelemente in das Zwischenlager nach Ahaus aus wirtschaftlichen und zeitlichen Gründen als grundsätzlich vorzugswürdig einordnen. Darüber hinaus fordere der Haushaltsausschuss in seinem Maßgabebeschluss vom 30. November 2022 (Ausschussdrucksache 20(8)3443) die kostengünstigere Verbringung der Brennelemente nach Ahaus zu verfolgen, falls das Land Nordrhein-Westfalen die Mehrkosten eines Neubaus in Jülich nicht tragen möchte. Sie antwortete ferner, dass eine solche Absichtserklärung seitens des Landes NRW der Bundesregierung nicht bekannt sei.

In einem Bericht an den Wirtschaftsausschuss des Landtags von NRW vom 23. Mai 2025 (NRW-Landtagsvorlage 18/3924; www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMV18-3924.pdf) verweist die NRW-Wirtschaftsministerin Mona Neubaur darauf, dass sich Bund und Land 2015 in einer „Verwaltungsvereinbarung“ darauf geeinigt hätten, sich sämtliche Entsorgungs- und Lagerkosten für die Jülicher Brennelementekugeln im Ver-

hältnis 70:30 teilen zu wollen. Dies sei – so das Verständnis der Fragestellenden – schon ein Entgegenkommen des Landes gewesen, weil der Atom Müll ja in Verantwortung des Bundes entstanden sei. Wörtlich heißt es dann: „Würde ein Lagerneubau erforderlich, würden Bund und Land die jeweiligen Anteile (70 bzw. 30 Prozent) zu finanzieren haben. Eine separate Absichtserklärung zu einzelnen Projekten ist somit nicht erforderlich. Vor diesem Hintergrund ist das in der Berichts-anfrage aufgegriffene ‚Angebot des Bundes‘ als Versuch zu werten, sich in der Frage ‚Transport oder Lagerneubau‘ der Entscheidungs-verantwortung zu entziehen und hohe Kosten auf das Land NRW abzuwälzen.“

Hier tritt nach Auffassung der Fragesteller ein Interpretations- und Zielkonflikt zwischen dem Bund und dem Land NRW zu Tage, der aber in der Konsequenz zu einem sicherheitspolitisch unnötigen und gefährlichen Dauereinsatz zahlreicher Polizeikräfte zum Abtransport der Castor-Behälter von Jülich nach Ahaus führen kann, da es bei Bund und Land NRW kein gemeinsames Interesse für eine zukunftsweisende Lösung am Standort Jülich in gemeinsamer Verantwortung zu geben scheint.

Nach Amtsantritt der neuen Bundesregierung teilte NRW-Wirtschaftsministerin Mona Neubaur (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) in der Sitzung des NRW-Wirtschaftsausschusses vom 28. Mai 2025 im Düsseldorfer Landtag mit, sie und ihr Düsseldorfer Minister-Kollege Nathanael Liminski (CDU, NRW-Minister für Bundes- und Europa-Angelegenheiten) hätten nach Amtsantritt der neuen Bundesregierung den zuständigen neuen Bundesministerinnen und Bundesministern geschrieben und um Gespräche zur Zukunft der 152 Jülicher Castor-Behälter gebeten (www.landtag.nrw.de/home/mediathek/video.html?kid=ac6f0276-f464-4633-8f98-aa6535f0643c).

Am 19. Mai 2025 traten die dem Bundesumweltministerium unterstehende und für das Ahauser Zwischenlager verantwortliche BGZ Gesellschaft für Zwischenlagerung mbH (BGZ) sowie das dem Bundesfinanzministerium unterstehende und für das Jülicher Brennelemente-Lager verantwortliche bundeseigene Unternehmen Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen GmbH (JEN) gemeinsam für eine Informationsveranstaltung vor dem Rat der Stadt Ahaus auf (www.youtube.com/watch?v=TJQCd5dqGrc). Dabei informierten sie sowohl über die mögliche Zukunft der 152 Jülicher Castor-Behälter, aber auch über die für 2036 erforderliche Neugenehmigung der Zwischenlagerung von hochradioaktivem Atom Müll am Standort Ahaus. Dazu werde bereits Ende 2026 seitens der BGZ ein Antrag zur Klärung einer UVP-Pflicht für das Neugenehmigungs-Vorhaben gestellt. Im Jahr 2028 solle dann der Hauptantrag folgen.

Vor diesen Hintergründen stellen sich neue Fragen bzgl. der geplanten Castor-Transporte sowie der Zukunft der Lagerung von Brennelementen in Jülich und Ahaus.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Sind der Bundesregierung die in der Vorbemerkung der Fragesteller erwähnten Schreiben der Wirtschaftsministerin Nordrhein-Westfalens Mona Neubaur sowie von NRW-Bundesminister Nathanael Liminski bekannt, auf die Ministerin Neubaur am 28. Mai 2025 im Wirtschaftsausschuss NRW Bezug genommen hat (siehe Quelle in der Vorbemerkung der Fragesteller, Zeitindex 1:43:40), und wenn ja, wie positioniert sich die Bundesregierung zum Inhalt dieser Schreiben und wie hat sie darauf reagiert bzw. wie wird sie reagieren?
2. Hat es seit dem Maßgabebeschluss des Haushaltsausschusses am 30. November 2022 Gespräche zwischen Bundesregierung und Landesregierung

NRW über die Aufteilung der Kosten eines Hallenneubaus in Jülich gegeben, und wenn ja, wann und mit welchem Ergebnis?

3. Hat es seit dem Amtsantritt der neuen Bundesregierung zwischen dem Bundesumweltministerium und dem NRW-Wirtschaftsministerium bereits Kontakte in Bezug auf die Zukunft der 152 Jülicher Castoren gegeben, und wenn ja, wann und mit welchem Ergebnis, und wenn nein, wann sind die ersten Kontakte geplant?
4. Aus welchen Gründen erhält die JEN zum Erwerb zweier Grundstücke für den Neubau eines Zwischenlagers in Jülich, wie es der Aufsichtsrat der JEN beschlossen hat, keine Zustimmung „des Zuwendungsgebers Bund“, wie während einer Informationsveranstaltung in Ahaus am 19. Mai 2025 durch die JEN ausgeführt wurde (www.youtube.com/live/TJQCd5dqGrc?feature=shared&t=2472)?
5. Was ist nach Kenntnis der Bundesregierung der aktuelle Stand beim geplanten Neubau des Zwischenlagers in Jülich in Bezug auf den Grundstückserwerb und diesbezügliche Probleme oder Fortschritte?
6. Entspricht die Information, eine Transportgenehmigung für die Castortransporte von Jülich nach Ahaus werde seitens des BASE wahrscheinlich im Sommer erteilt, wie sie bei der Informationsveranstaltung von BGZ und JEN in Ahaus am 19. Mai geäußert wurde, auch dem Kenntnisstand der Bundesregierung?
7. Ist die neue Leitung des BMUKN über das Fortschreiten des Genehmigungsverfahrens zum Transport der Castoren mit dem BASE im Gespräch, und wenn ja, wann fanden Austausche hierzu statt und welchen Inhalt und welche Ergebnisse hatten diese?
8. Was ist nach Auffassung der Bundesregierung die rechtsgültige Situation betreffend der Frage der Aufteilung der Kosten der Finanzierung für ein etwaiges neu zu errichtendes Zwischenlager in Jülich, zu der das Land Nordrhein-Westfalen gemäß eines Berichtes der Landesministerin für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie des Landes Nordrhein-Westfalens vom 23. Mai 2025 von einer Aufteilung der Kosten zwischen Bund und Land 70:30 ausgeht (polit-x.de/de/documents/21094061/deutschland/bundeslander/nordrhein-westfalen/landtag/dokumente/vorlage-2025-05-23-bericht-des-ministeriums-fur-wirtschaft-industrie-klimaschutz-und-energie-fur-die-sitzung-des-ausschusses-fur-wirtschaft-industrie-klimaschutz-und-energie-am-28-mai-2025152-atommulltransporte-durch-nrw-all-ein-zum-wohl-des-haushaltsbudgets-der-landesregierung-berichts-anfrage-der-fraktion-der-spd-vom-16-mai-2025), während die damalige Staatssekretärin Claudia Müller (BMBF) in einer Antwort auf eine Schriftliche Frage auf den Maßgabebeschluss des Haushaltsausschusses des Bundestages verweist, der nach Wahrnehmung der Fragestellenden impliziert, das Land Nordrhein-Westfalen solle die Mehrkosten allein tragen (dserver.bundestag.de/btd/21/000/2100042.pdf)?
9. Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, wie die Diskrepanz (siehe Vorfrage) in der Auffassung der Auslegung der Kostenübernahme bei einem Neubau des Zwischenlagers Jülich zustande kommen konnte?
10. Ist die Bundesregierung mit der Landesregierung NRW im Gespräch über die Auffassung der Kostenübernahme für einen Zwischenlagerneubau in Jülich, und wenn ja, was sind die Ergebnisse dieser Gespräche?
11. Welche Kosten sind nach Kenntnis der Bundesregierung bislang bei den Probe-Castoren 2023 von Jülich nach Ahaus sowie den notwendigen Rücktransporten der Castor-Behälter angefallen (bitte nach Transportkos-

ten für die JEN sowie Kosten für die polizeiliche Begleitung und Absicherung aufschlüsseln)?

12. Liegen der Bundesregierung Abschätzungen über mögliche Polizeikosten für die beantragten Transporte von 152 Castor-Behältern vor (falls keine konkreten Zahlen vorliegen, bitte Erwartungsspanne angeben)?
13. In welchem Umfang ist die Bundesregierung bereit, auf Anforderung des Landes Nordrhein-Westfalen Kräfte der Bundespolizei zur Absicherung der beantragten Transporte von 152 Castor-Behältern auf den Straßen und Brücken des Landes Nordrhein-Westfalen zur Verfügung zu stellen und würde die Bundesregierung dafür ggf. auch Kräfte von den Bahnhöfen, Flughäfen und den Landesgrenzen abziehen?
14. Gibt es seitens der Bundesregierung ein Konzept oder ist der Bundesregierung ein Konzept bekannt zur Abwehr möglicher Sabotage- oder Terrorakte auf Gütertransporte für atomare Materialien vor dem Hintergrund, dass Agenten fremder Mächte oder Staaten wiederholt durch Tätigkeiten zur mutmaßlichen Vorbereitung von Terrorakten auch in NRW in Erscheinung getreten sind (www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/festnahmen-u-krainier-spionagevorwurf-100.html), und wie bewertet die Bundesregierung die diesbezügliche Sicherheitslage für die anstehenden Castor-Transporte von Jülich nach Ahaus?
15. Weshalb wurden nach Kenntnis der Bundesregierung Sicherheitsbedenken über die konventionelle Anlagensicherheit seitens des BASE über Jahre nicht an die JEN übermittelt, wie es die Aussage der Landesministerin für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen vom 23. Mai 2025 im Wirtschaftsausschuss des Landes NRW impliziert, nach der das BASE im Oktober 2024 „Antragstellerin und Atomaufsicht mit einem Hinweis auf ein nicht genehmigungsfähiges Konzept der Anlagensicherung überraschte“, das dem BASE seit vielen Jahren vorgelegen hätte, gegenüber der JEN jedoch in keiner Bewertungsaussage erwähnt worden sei (siehe Quelle in der Vorbemerkung der Fragesteller; Zeitindex 1:42:18)?
16. Teilt die Bundesregierung die von der Landesministerin für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen Mona Neubaur (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) vorgetragene Einschätzung, dass das Verhalten des BASE hiermit zu weiterer Verzögerung geführt hat?
17. Teilt die Bundesregierung die auf der Informationsveranstaltung am 19. Mai nach Wiedergabe von Fragestellern von der BGZ vertretene Auffassung, dass die IT-Sicherheit im Zwischenlager Ahaus keine Probleme bereite, laut der JEN im Zwischenlager Jülich aber die Erstellung von Nachweisen zur IT-Sicherheit Probleme bereitet, und wenn ja, woran liegen diese unterschiedlichen Bewertungen für die Zwischenlager in Ahaus und Jülich nach Kenntnis der Bundesregierung und gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung ggf. auch unterschiedliche Anforderungen an die IT-Sicherheit für die beiden Atomüll-Lagerhallen?
18. Hat die Bundesregierung Erkenntnisse, weshalb es die JEN über einen nach Aussage eines Fragestellers auf der Informationsveranstaltung in Ahaus eineinhalbjährigen und damit nach Einschätzung der Fragesteller langen Zeitraum nicht schafft, die erforderlichen Nachweise zur IT-Sicherheit im Zwischenlager in Jülich zu erstellen, und wenn ja, welche?
19. Bedeuten die anhaltenden Probleme bei der Erstellung von Nachweisen zur IT-Sicherheit in Jülich nach Kenntnis der Bundesregierung, dass es dort aktuell Sicherheitslücken gibt, und wenn ja, wie gravierend sind diese

nach Auffassung der Bundesregierung und teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass deren Behebung anscheinend keine Priorität hat?

20. Hat die JEN nach Kenntnis der Bundesregierung auch in anderen Firmenteilen Probleme bei der Erstellung von Nachweisen zur IT-Sicherheit oder beziehen diese sich allein auf das Castor-Zwischenlager?
21. Über welche Informationen verfügt die Bundesregierung zur Beantragung einer neuen Lagergenehmigung für das Zwischenlager in Ahaus, da die BGZ schon Ende 2026 einen Antrag auf Prüfung einer UVP-Pflicht stellen will?
22. Beinhaltet das Neugenehmigungsverfahren in Ahaus nach Kenntnis der Bundesregierung explizit auch die Möglichkeit eines kompletten Neubaus des Zwischenlagers, sollte sich die jetzige Halle nach dem jetzigen Stand von Wissenschaft und Technik als baulich nicht mehr geeignet erweisen?
23. Muss nach Auffassung der Bundesregierung die Option eines Hallenneubaus in Ahaus bereits beim Antrag zur Prüfung einer UVP-Pflicht skizziert und einbezogen werden, um die möglichen Umweltauswirkungen des Vorhabens sachgemäß und umfassend abschätzen zu können?
24. Welchem Zweck dient die in der Lagerhalle des Zwischenlagers Ahaus 2018 bis 2020 angebrachte Stützenkopfverspannung der Dachkonstruktion (www1.wdr.de/nachrichten/westfalen-lippe/mahnwache-atommuell-ahaus-proteste-100.html) nach Kenntnis der Bundesregierung?
25. Welche Wirkung hat die in der Lagerhalle des Zwischenlagers Ahaus 2018 bis 2020 angebrachte Stützenkopfverspannung der Dachkonstruktion nach Kenntnis der Bundesregierung auf die Bausubstanz der Lagerhalle (bitte grob angeben nach Zug- oder Druckspannung auf die umgebenden Wände oder Pfeiler und zur Steifigkeit des Daches)?
26. Teilt die Bundesregierung die durch das Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen mitgeteilte Einschätzung, nach der es am Hallendach des Zwischenlagers Ahaus in einem frühen Stadium vor der genannten Maßnahme der Stützenkopfverspannung statische Mängel gab (www1.wdr.de/nachrichten/westfalen-lippe/mahnwache-atommuell-ahaus-proteste-100.html)?
27. Hat die Bundesregierung Kenntnisse zu möglichen weiter bestehenden statischen Mängeln an der Dachkonstruktion oder anderer Gebäudeteile des Zwischenlagers Ahaus, die von Bürgerinitiativen benannt, von der BGZ jedoch zurückgewiesen worden sind (www.muensterlandzeitung.de/ahaus/buergerinitiative-bgz-sprecher-statischer-schaden-dach-irrefuehren-d-und-quatsch-w981518-9001449490/), und wenn ja, welche?
28. Gibt oder gab es nach Kenntnis der Bundesregierung an anderen atomaren Lagerstandorten (also z. B. Jülich) ähnliche Mängel, insbesondere an Hallenkonstruktionen, die der in Ahaus ähneln oder ihr gleich sind (z. B. Gorleben), und wenn ja, was wurde dort nach Kenntnis der Bundesregierung jeweils getan, um die Mängel zu beseitigen?
29. Wie schätzt die Bundesregierung die kurzfristige und langfristige Tauglichkeit des Ahauser Zwischenlagers ein im Vergleich mit neueren Zwischenlagern in Lubmin (ESTRAL) oder Karlsruhe (neues Zwischenlager für schwach- und mittelfradioaktive Abfälle) und inwiefern unterscheiden sich diese Zwischenlager in ihrer Auslegung und Bausubstanz nach Stand

von Wissenschaft und Technik von der Hallenkonstruktion in Ahaus nach
Kenntnis der Bundesregierung?

Berlin, den 16. Juni 2025

Heidi Reichinnek, Sören Pellmann und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.